

HARALD LANGE

Falsch, überschätzt oder ein »Jahrhundertwerk«? Sozialdemokratische Ost- und Deutschlandpolitik im Widerstreit

Politische Strategien, die schon in ihren Anfängen umstritten waren, bleiben das zumeist auch im Urteil der Geschichte. Dies scheint besonders dann so zu sein, wenn solche Strategien das politische Geschehen tatsächlich tiefgreifend veränderten.

Ein Beispiel hierfür bietet die sozialdemokratische Ost- und Deutschlandpolitik, die an ihren Anfängen unter dem Motto »Wandel durch Annäherung«¹ bekannt wurde. Ihre Begründer und deren Anhang feiern seit 1990 den historischen Erfolg ihrer weitsichtigen und ungeachtet aller Anfeindungen hartnäckig über Jahrzehnte durchgehaltenen Strategie, die ja die Überwindung des Kommunismus und die deutsche Einheit zum Ziel gehabt habe.

Obwohl es nun fraglos in Osteuropa, in Ostmitteleuropa und auf dem Balkan nur noch (wieder) Staaten mit kapitalistischem Grundtyp gibt und die DDR nicht mehr existiert, wird die Politik, die eben dies bewirkt haben will, längst nicht von allen als »Jahrhundertwerk« gefeiert. Auf einer Tagung der Friedrich Ebert Stiftung im Schöneberger Rathaus (19. und 20. Juni 1998) wurde die Frage erörtert, warum dies so sei, und es wurde gefragt, ob die Ost- und Deutschlandpolitik mit der deutschen Vereinigung und dem Ende des Ost-West-Konflikts ihren Abschluß gefunden habe oder ob sie doch nur die Grundmauer gewesen sei, auf der das Gebäude einer europäischen Friedensordnung erst noch zu errichten sei.

Die insgesamt interessante Debatte litt ein wenig unter ihrer Einseitigkeit. Den mehr, aber eher weniger entschiedenen Widerpart versuchte Ursula Besser (CDU) auszufüllen. Angesichts der Phalanx der Befürworter der SPD-Strategie, an der Spitze Egon Bahr (ihr eigentlicher Erfinder), dazu Hans- Otto Bräutigam, Peter Bender, Klaus Schütz, Antje Vollmer, Valentin Falin und Gerald Livingstone, war die Chance, dagegen durchzudringen, ohnehin gering. Immerhin sprang ihr in wesentlichen Fragen Stephan Hilsberg zur Seite, der sich mit seinem holzschnittartigen Geschichtsverständnis wie der Vertreter einer Antikommunistischen Plattform der SPD ausnahm. Er war es, der die in den Reihen der früheren Bürgerrechtler der DDR und einiger zumeist aus der DDR stammender Sozialdemokraten bestehende Kritik an der Ost- und Deutschlandpolitik am klarsten zum Ausdruck brachte.

Worum ging es und worum wird es – vordergründig im Wahlkampf – darüber hinaus jedoch in der künftigen Politik gegenüber Osteuropa gehen?

Die SPD hatte mit ihrer nach dem Bau der Mauer entwickelten

Harald Lange – Jg. 1934, Historiker, Prof. Dr. sc. phil., tätig am Deutschen Institut für Zeitgeschichte und im Institut für internationale Politik und Wirtschaft.

1 Diskussionsbeitrag Egon Bahrs auf einer Tagung der Evangelischen Akademie Tutzing am 15. Juli 1963; abgedruckt u. a. in: Ossip K. Flechthelm (Hrsg.): Dokumente zur parteipolitischen Entwicklung in Deutschland seit 1945, Bd. 7, Innenpolitische Auseinandersetzungen, Teil 2, Berlin (-West) 1969, S. 193-197.

2 Brandt, Willy: Koexistenz – Zwang zum Wagnis, Stuttgart (1963).

neuen Ost- und Deutschlandpolitik die veralteten und längst unrealistisch gewordenen ehernen Grundsätze der Adenauer-Politik gegenüber dem Osten über Bord geworfen. Die hatten kurzgefaßt gelautet: Die DDR wird nicht anerkannt, die Oder-Neiße-Grenze wird nur als »Linie« respektiert und für Deutschland als Ganzes bleiben allein die vier Mächte zuständig. Die SPD brach aus der ideologischen Gefangenschaft und dem rechtspolitischen Fundamentalismus der bisherigen Politik aus und orientierte sich auf die »Anerkennung des status quo«, um ihn langfristig transformieren zu können.² Egon Bahr sagte im Schöneberger Rathaus, die Schaffung einer gesamteuropäischen Identität sei die Hauptsache dieser Strategie gewesen, die deutsche Einheit war ihr erwünschtes Nebenprodukt. Kennedy wurde zur Berufungsinstanz für die neue Ostpolitik (Bender), wenn auch die beständige Furcht im Westen blieb, die Westdeutschen könnten dem Osten zu weit entgegenkommen. Die Politik der Berlin-Abkommen, der Ostverträge und des Grundlagenvertrags wurde von der CDU/CSU, die zuvor nur gemauert und als einzige unter den wichtigen politischen Kräften in Westeuropa die KSZE abgelehnt hatte, in der Regierungsverantwortung, die sie seit 1982 trug, fortgesetzt – bis hin zum Staatsbesuch Erich Honeckers in Bonn. In Ostberlin gaben sich die Vertreter der CDU, der CSU, der SPD, der FDP und der Grünen gegenseitig die Klinke in die Hand. Von den meisten dieser Begegnungen gibt es hinreichend Fototermine. Über Begegnungen, die nicht so öffentlichkeitswirksam wurden, sprach Herbert Häber in Schöneberg. Auch mit Politikern der CDU/CSU habe die SED über zehn Jahre hinweg bis zuletzt zahlreiche Gespräche in einem vertrauensvollen Klima geführt. Leisler-Kiep, dazumal Schatzmeister der CDU, habe gesagt: »Verwechseln Sie nicht unsere Wahlreden mit dem, was wir tun wollen.« Und: »Mit der SPD hat die SED eine gemeinsame Großmutter, daher wird sich das Verhältnis der SED zur CDU unbelasteter gestalten lassen.« Unnötig zu erwähnen, daß die CDU/CSU davon heute nichts mehr wissen will und ihre Polemik gegen die SPD und deren »Anbiederung« an die SED (Fortsetzung siehe: Rote-Hände-Kampagne) so führt, als habe sie in der Regierungsverantwortung bis 1989 nicht auf der Grundlage der von der SPD kreierten Ostpolitik agiert.

Für den Betrachter, der sich die Geschichte dieser Auseinandersetzungen und ihre Fortsetzung in der Gegenwart genauer anschaut, ergibt sich ein eigenartig widersprüchliches Bild: Einerseits gibt es die festgefügte Ansicht, die DDR sei eine Diktatur, nie von den Bürgern akzeptiert und von vornherein dem Untergang geweiht gewesen. Ihr Zusammenbruch sei »hausgemacht« und keinem äußeren Feind anzulasten. Andererseits sagt die CDU/CSU von sich, nur ihre prinzipienfeste Deutschlandpolitik habe dazu geführt, daß der Gedanke der Einheit nie verschwinden und die Sehnsucht der DDR-Bürger nach einem einheitlichen Deutschland sich schließlich Bahn brechen konnte.³ Die SPD – wie schon hervorgehoben – führt ihre neue Ostpolitik als auslösendes Moment für den Untergang des Real-Sozialismus an. Antje Vollmer, die sich im Schöneberger Rathaus gegen die moralisierende Kritiker an der sozialdemokratischen Ostpolitik wandte, meinte,

3 Auch Al Gore, Vizepräsident der USA, erklärte jüngst, die USA hätten seinerzeit ihre gesamte Politik dem Kampf gegen den Kommunismus untergeordnet, was schließlich zu dessen Zusammenbruch geführt habe.

daß letztlich in einem politischen Dialog mit dem politischen Gegner es immer darauf ankomme, ob es gelinge, in den Kopf des anderen einzudringen, sein Denken damit zu ändern und ihm die eigene Politik aufzuzwingen.

Ganz in diesem Sinne benutzte Egon Bahr, der ansonsten ein äußerst differenziertes Bild hinsichtlich der Reichweite der neuen Ostpolitik zeichnete – wie schon in seinem Erinnerungsbuch⁴ –, erneut den Begriff der »Aggression auf Filzlatschen«. Dies sei – so meinte er – eine von Otto Winzer durchaus richtige Charakterisierung der Ostpolitik der SPD gewesen. Stimmt das wirklich?

Es wäre vielleicht besser, mit solchen Begriffen sorgsamer umzugehen. Der Begriff der »Aggressivität« ist im Völkerrecht genau umrissen, und auch eine mit »Filzlatschen« betriebene Aggression bliebe nichts weiter als Aggression. Der von der sozial-liberalen Koalition betriebenen Entspannungspolitik fehlten jedoch die für eine Aggressionspolitik konstitutiven Elemente wie »rechtswidriger Angriff auf ein fremdes Staatsgebiet« (Fremdwörterbuch) oder »Friedensbruch und Verletzung des Gewaltverbots« (Brockhaus). Demgegenüber waren »feindselige Einstellung« und »rechtswidriges Handeln« für die Kalte-Kriegs-Politik durchaus kennzeichnend. Die reale Substanz der sozialdemokratischen Ostpolitik bestand in dem Versuch, jede Aggression unmöglich, hingegen Verständigung, Zusammenarbeit und gemeinsame Sicherheit zum zentralen Inhalt der Politik der Staaten zu machen. » Aggression auf Filzlatschen« hätte jedoch bedeutet, »gemeinsame Sicherheit« lediglich als Trick zu verstehen, mit dem die Sicherheit der Gegenseite in Wahrheit untergraben werden sollte. Im SED/SPD-Dokument »Der Streit der Ideologien und die gemeinsame Sicherheit« hieß es 1987 u. a.: » Keine Seite darf der anderen die Existenzberechtigung absprechen.Beide Systeme müssen zu verhindern versuchen, daß sie vom jeweils anderen so wahrgenommen werden, als seien sie auf Expansion, ja gewaltsame Expansion angelegt.«⁵ Wenn dieser Satz einen Sinn haben soll, so wird hier nicht nur der »gewaltsamen Expansion« – also der offenen Aggression – , sondern auch anderen gewaltfreien Formen einer Expansion – beispielsweise einer »Aggression auf Filzlatschen« – eine Absage erteilt. Den Begriff »Aggression auf Filzlatschen« sollte man nicht einmal als feuilletonistischen Ausdruck hinnehmen. Geschichtlich war es doch so, daß die damalige SED- Führung diesen Begriff gar nicht als ein Synonym für eine vergleichsweise harmlose Variante der »imperialistischen Aggressionspolitik« benutzte, sondern als Bezeichnung für die größere Heimtücke und Gefährlichkeit der »sogenannten neuen Ostpolitik«, die dazu führen werde, die Kriegsgefahr eher noch zu steigern, statt sie zu mindern. Begriffen, die einmal mit einem ganz bestimmten Inhalt in die Welt gesetzt wurden, kann man nicht Jahrzehnte später einen anderen Sinn unterlegen. Die SED hat ja auch – als sich in den achtziger Jahren die Beziehungen zur SPD normalisierten – diesen Begriff ganz folgerichtig fallen lassen, obwohl sie weiter gegen die »ideologische Diversion« der SPD vorging.

Einer Richtung allerdings kommen all die Zuspitzungen und Übertreibungen hinsichtlich der Außenwirkungen auf den Real-

4 Bahr, Egon: Zu meiner Zeit, München 1996, S. 157.

5 Neues Deutschland, Berlin, 28. August 1987.

sozialismus gerade recht. Es sind jene Gruppen und Personen, die nach wie vor blind sind, wenn es um die Schwächen, Fehler und Verbrechen des Realsozialismus geht oder diese als unvermeidliche Begleiterscheinungen im Klassenkampf bagatellisieren. Für diese Personen ist das Scheitern des eigenen Lebensentwurfs den äußeren Feinden, deren inneren Handlangern und dem Zurückweichen vor dem »Klassenfeind« geschuldet. Solche Haltungen könnte man registrieren, ohne sie weiter bewerten zu müssen, wenn hier nicht ein Zusammenhang mit den Frustrationen bestünde, die sich bei vielen Ostdeutschen hinsichtlich der Ergebnisse der »Einheit« herausgebildet haben. Ohne daß da irgendwelche politischen Kräfte eine nostalgische Schwärmerei heraufbeschwören müßten, regen sich ganz selbstverständlich positive Erinnerungen an den in der DDR erlebten realen Alltag. Die Fragen danach, wie das verlorengehen, wie das zerstört werden konnte, sind längst nicht für jedermann schlüssig beantwortet. So gibt es denn auch immer wieder Antworten, die darauf hinauslaufen, den Einflüssen von außen die Hauptschuld am Zusammenbrechen des realen Sozialismus und der DDR als eigenständigem Staat zu geben, ihr nicht genügend Zeit gelassen zu haben, ihre Vorzüge zu festigen und auszubauen.

Auch wegen dieser Tendenzen bleibt es wichtig, den äußeren Einwirkungen auf den realen Sozialismus ihren tatsächlich geschichtlich belegbaren Stellenwert zu geben. M. E. bleibt die Einschätzung richtig, die Peter Bender bereits in seinem Aufsatz zum 70. Geburtstag Egon Bahrs gegeben hat und die er sinngemäß auf der Schöneberger Tagung wiederholte: »Der Kommunismus ging an sich selbst zugrunde, aber das Beispiel des Westens wirkte dabei mit.«⁶ Also nicht vorrangig die Politik, sondern das »Beispiel« war von Bedeutung. Die Bürger in den realsozialistischen Staaten sahen schließlich, daß die Arbeitsproduktivität des Westens unerreichbar und damit die Befriedigung steigender Konsumwünsche unerfüllbar blieb. Die politischen Führungen hatten den Glauben an die eigenen Werte ebenfalls aufgegeben. So kam es zum raschen und im wesentlichen gewaltlosen Zusammenbruch. Es war nicht ein etwa durch die neue Ostpolitik der SPD verlorengegangenes »Feindbild«, das die Existenz der DDR untergrub, sondern es waren das durch die eigene Politik ausgehöhlte »Selbstbild«, der auf Dauer nicht mehr erträgliche Widerspruch zwischen Anspruch und Wirklichkeit, die fehlende Effizienz der Wirtschaft und der Mangel an Demokratie, die die DDR wie ja auch die anderen Länder des real existierenden Sozialismus zugrunde richteten.

Die Konferenz im Schöneberger Rathaus erschöpfte sich keineswegs in Rückblicken auf die Vergangenheit, sondern suchte auch nach Wegen für die Fortsetzung einer konstruktiven Politik.

Auch hierbei war es wieder Egon Bahr, der als Architekt – manche nannten ihn auch »Utopist« – für eine pragmatische Strategie auftrat. Grundlage seiner Vorstellungen bildete die schon in seiner Zeit als Leiter des Hamburger Instituts für Friedensforschung und Sicherheitspolitik (IFSH) entwickelte »Europäische Sicherheitsgemeinschaft«. Allgemeine Zielstellung soll die Ablösung des Rechts der Stärke durch die Stärke des Rechts sein. Die noch zu schaffenden gesamteuropäischen Strukturen müßten auch Rußland ein-

6 Bender, Peter, in: Das Undenkbare denken. Festschrift für Egon Bahr zu dessen siebzigstem Geburtstag, Baden-Baden 1992, S. 202.

schließen. Deutschland und Frankreich könnten im engen »Schulterschuß« eine europäische Handlungsfähigkeit herbeiführen. Insbesondere in Deutschland fehle jedoch noch nach dem Erlangen der staatlichen Souveränität die Souveränität des Denkens. Gewaltverzicht und Stabilität bezeichnete Bahr als Zwillinge. Gewaltverzicht sei auch die wichtigste Quelle für eine friedliche Transformation von Konflikten. Jede Seite könne bei ihren eigenen Zielsetzungen bleiben, wenn sie sie ohne Gewalt verfolge. Eine »Werte-Konvergenz« – so Bahr – sei nicht das Ziel seiner Strategie.

Wie sehr es noch an Mitstreitern für Bahrs Strategie fehle, wäre deutlich geworden, wenn die eingeladenen, aber nicht erschienenen Vertreter der CDU/CSU ihre Sichtweisen dargelegt hätten. So war es nur der Leitartikler der polnischen Zeitschrift »Polytika«, Adam Krzeminski, der sich skeptisch bis ablehnend zu den Vorstellungen Egon Bahrs äußerte. Nachdem Valentin Falin die derzeit desolate Lage Rußlands und die Ausgrenzungstendenzen gegenüber Rußland beklagt hatte, meinte Krzeminski, daß es keinen Grund gebe, Rußland »Händchen zu halten« oder es gar zu bedauern. Rußland werde den Verlust des Supermacht-Status überleben. Als »Ursünde« der Nachkriegszeit nannte er den »Vorstoß der Sowjetunion nach Mitteleuropa«. Was mit Rußland werde, sei unklar. Heute wie früher fehle dem russischen Reich eine »humane Grundfibel«. Dagegen stehe die NATO als akzeptierte Wertegemeinschaft, der sich auch Polen zugehörig fühle. Bahr habe in seiner Europa-Vision die Rolle der Mitte, zu der auch Polen zu rechnen sei, nicht genügend durchdacht; Bahr wolle im Grunde zu Strukturen von 1815 zurück. Das wichtigste sei jetzt die Organisation eines Modernitätsschubs für Ostmitteleuropa. Falin wollte das nicht gelten lassen. Er erwiderte, daß die Konversion im Denken sichtlich noch schwieriger als bei der Rüstung verlaufe; die Kalte-Kriegs-Ideologie gegen Rußland pflanze sich mancherorts unverändert fort. Bahr bekräftigte seinen Standpunkt, daß es ohne und gegen Rußland keine Stabilität in Europa geben werde. Seinen ungebrochenen Optimismus bezog er u. a. aus der Erinnerung, daß es von den Strukturen der Jahre 1963 bzw. 1969 her eigentlich wesentlich schwieriger gewesen sei, eine neue Politik durchzusetzen. Jetzt – meinte Bahr hoffnungsvoll – müßte das doch alles viel leichter sein.

Ein Vertreter der IG Metall bewunderte Bahrs »tolle Vision«, jedoch – so sagte er – fehle ihm der Glaube an die Durchsetzungsmöglichkeit. Es werde außer acht gelassen, daß mit dem Zusammenbruch des Kommunismus jegliche Utopie verfliegen sei. Überall beschleunigten sich Verarmungsprozesse. Die Politik der Ausgrenzung werde sowohl sozial als auch politisch betrieben. Was mit Jugoslawien begonnen habe, werde mit Rußland fortgesetzt. Leider verblieb keine Zeit mehr, um diese interessanten Gesichtspunkte zu diskutieren. Immerhin war es aufschlußreich, daß Livingstone für die USA und Menudier für Frankreich zu sagen wußten, daß in ihren Ländern diese Probleme derzeit noch eine absolut untergeordnete Rolle spielten.

Im Geschichtsprozeß wird es zu einer Änderung solcher Haltungen kommen müssen, damit sich die regionalen Krisen nicht zu globalen Katastrophen entwickeln.